

Die Politik sagt der KI den Kampf an

Initiative will Leben ohne Internet ermöglichen. Zürcher Kantonsrat ist dagegen – macht aber anderen Vorschlag.

Sven Hoti

Künstliche Intelligenz (KI) erreicht die Zürcher Politik. Am Montag hat sich der Kantonsrat über die Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» der Piratenpartei gebeugt. Er lehnt die Initiative mit 170 zu 5 Stimmen klar ab – sieht aber Handlungsbedarf in Form eines Gegenvorschlags.

Ziel der Initiative ist eine «menschfreundliche Digitalisierung», wie es auf der Website des Initiativkomitees heisst. Neue Technologien würden Chancen bringen, aber auch Risiken für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bergen. Weil der heutige Grundrechtskatalog aus einer Zeit stamme, «in welcher die Informationstechnologie hauptsächlich aus Stift, Papier und Druckerpresse bestand», brauche es in der Kantonsverfassung ein neues Grundrecht auf digitale Integrität.

Konkret fordert die Piratenpartei ein Recht auf Vergessenwerden, auf Informationssicherheit und ein Leben ohne Internetzugang. Ferner ein Recht darauf, nicht von einer Maschine beurteilt und grundsätzlich nicht überwacht, vermessen

und analysiert zu werden, sowie Schutz davor, dass digitale Daten ohne Zustimmung verwendet werden. Sprich: mehr Selbstbestimmung im Zusammenhang mit den eigenen Daten.

Genf und Neuenburg sagten Ja

Die Piratenpartei hat die Initiative im August 2024 mit über 9200 gültigen Unterschriften eingereicht; 6000 waren notwendig. Auch waren oder sind sechs weitere Kantone mit ähnlichen Initiativen konfrontiert. In Genf und Neuenburg hat sie das Volk angenommen.

In Zürich hatte nach dem Regierungsrat auch die vorbereitende Kommission im Kantonsrat die Initiative einstimmig abgelehnt. Sie sei zu absolut. Zudem sei für die Regelungen im privaten Bereich der Bund zuständig. Doch Sympathien für das Anliegen bewogen die Kommission, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dieser will die Verfassung so ergänzen, dass der Kanton für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum sorgen soll.

Der Gegenvorschlag nimmt einen Teil der Forderungen auf, verzichtet aber beispielsweise

darauf, ein Recht auf ein Offline-Leben festzuschreiben. Stattdessen soll unter anderem gewährleistet bleiben, dass Einwohnerinnen und Einwohner auch in Zukunft auf analogem Weg zu staatlichen Leistungen kommen können. Beim Kantonsrat kam der Gegenvorschlag mehrheitlich gut an. Er stimmte ihm mit 100 zu 75 Stimmen zu.

Linke warnt vor Massenüberwachung

Dass die Initiative in Zürich nicht so gut ankommt wie etwa in Genf und Neuenburg, dürfte mit dem grösseren Forderungskatalog zusammenhängen. Damit habe das Komitee der Zürcher Initiative einen Bären dienst erwiesen, kritisierte Gabriel Mäder (GLP, Adliswil). Der Gegenvorschlag nehme die Ängste der Bevölkerung vor neuen Technologien ernst, ohne falsche Versprechungen zu machen.

Dem Thema komme im Kanton Zürich nicht die Bedeutung zu, die es haben sollte, fand Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich). Der Staat speichere schon heute viele Daten der Bevölkerung ab, diese müsse man sichern. Massenüber-

wachung gelte es ebenso zu verhindern wie auf Algorithmen basierende Entscheidungen. «Wir wollen nicht, dass unsere Grundrechte von einer künstlichen Intelligenz eingeschränkt werden können.»

Schon heute seien die Grundrechte durch neue Technologien gefährdet, sagte sinngemäss Nicola Yuste (SP, Zürich). Im Zuge strafrechtlicher Ermittlungen würden Antennendaten ausgewertet auch von zahlreichen Unschuldigen, um die schuldige Person zu finden. Ähnlich verhalte es sich mit der Auswertung biometrischer Daten im öffentlichen Raum, um in einer Menschenmenge polizeilich gesuchte Personen zu finden. «Neue Technologien erreichen Dimensionen, die auf einen Schlag die Grundrechte Tausender und Zehntausender Menschen gefährden.»

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon) begrüsst insbesondere, dass analoge Zugänge zu staatlichen Dienstleistungen wo notwendig erhalten bleiben sollen. Damit verhindere man, dass besonders vulnerable Personen ausgeschlossen würden. «Aber es ist nicht realistisch, dass diese analogen Zugänge dauerhaft bestehen bleiben», fügte die

Kantonsrätin an. Deshalb brauche es Lernprogramme und Unterstützungsangebote im digitalen Bereich.

Bürgerliche warnen vor Mehrkosten

SVP und FDP wiederum fanden, die Initiative habe mit dem Kanton den falschen Empfänger. Die kantonalen Gesetze regeln nur die Beziehung zwischen den öffentlichen Organen und den Privaten, nicht jedoch diejenigen zwischen Privaten und anderen Privaten sowie Unternehmen. «Initiative und Gegenvorschlag wecken falsche Erwartungen», sagte Roman Schmid (SVP, Opfikon). Die heutigen Gesetze funktionierten bereits ziemlich gut.

Sowohl SVP als auch FDP befürchten ausserdem «erhebliche» Mehrkosten, sollten bereits umgesetzte Effizienzsteigerungen in der Verwaltung für analoge Kanäle wieder rückgängig gemacht und/oder Verwaltungspersonal deshalb aufgestockt werden. Die FDP habe deshalb in den Beratungen einen «digital-first»-Ansatz vorgeschlagen. Sprich, der analoge Zugang soll nur in Einzelfällen möglich sein statt grundsätzlich. Dieser Vorschlag habe in der

Kommission jedoch keine Mehrheit gefunden, weshalb man den Gegenvorschlag ablehne, so Isabel Garcia (FDP, Zürich).

Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) wies darauf hin, dass ein Offline-Leben sowie ein Recht auf Vergessenwerden in der Realität gar nicht möglich sei. Sie nannte das Beispiel Opfer von Zwangsmassnahmen, wo Akten nötig gewesen seien, um die Fälle aufzuarbeiten. Oder das Studium an der Universität, das schon heute über weite Strecken über Online-Kanäle laufe. Im Unterschied zur Initiative mache der Gegenvorschlag die für den gesetz- und verfassungsgebenden Prozess notwendigen Interessenabwägungen möglich, so Fehr.

Die Piratenpartei hält wenig vom Gegenvorschlag. Dieser verwässere alle geforderten Rechte, sagt Renato Sigg, Mitglied des Parteivorstands. Die im Rat kritisierte Absolutheit des Initiativtexts finde sich auch in anderen Grundrechten. Man werde den Gegenvorschlag noch genau prüfen, die Initiative jedoch «sehr wahrscheinlich» nicht zurückziehen. Damit dürfe das Volk dereinst sowohl über Initiative als auch Gegenvorschlag abstimmen.



Technologien sind überall – und breiten sich weiter aus. Der richtige Umgang damit beschäftigt die Zürcher Politik.

Symbolbild: Keystone

Kantonsrat pocht auf lückenlose Bührlle-Provenienzforschung

Die Bilder, die dem Kunsthaus Zürich ausgeliehen wurden, geben weiter zu diskutieren – Parlament und Regierung sind sich uneins.

Der Zürcher Kantonsrat pocht darauf, dass Kunstgesellschaft und Bührlle-Stiftung die Herkunft aller Bilder auf eigene Kosten klären. Er hat am Montag das dringliche Postulat von AL, SP und Grünen zur Aufarbeitung der Bührlle-Sammlung geschrieben, ergänzte es jedoch.

Mit 87 zu 83 Stimmen stellte sich der Rat hinter die von der Kommission für Bildung

und Kultur (KBK) beantragte abweichende Stellungnahme. Damit bringt der Kantonsrat die Differenz zum Regierungsrat in dieser Frage zum Ausdruck und hält an seiner Forderung fest. Eine rechtsverbindliche Verpflichtung zur Umsetzung besteht aber nicht.

2022 hatte der Kantonsrat die Regierung mit der knappen Überweisung des Postulats aufgefordert, zusammen mit

der Stadt Zürich die Provenienz der Bilder lückenlos aufzuklären, welche die Bührlle-Stiftung dem Kunsthaus Zürich zur Ausstellung ausgeliehen hatte.

Der 2024 präsentierte Bericht von Historiker Raphael Gross mache deutlich, dass die bisherige Forschung der Bührlle-Stiftung ungenügend sei, hob KBK-Präsidentin Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) hervor.

Deshalb forderte eine Mehrheit die in der Verantwortung stehende Kunstgesellschaft und die Bührlle-Stiftung dazu auf, die Herkunft aller Bilder auf eigene Kosten zu klären

«Noch Meilen entfernt von lückenloser Aufarbeitung»

SP, Grüne, AL, EVP und GLP stellten sich hinter die abweichende Stellungnahme. «Von einer lückenlosen Aufarbei-

tung sind wir noch Meilen entfernt», sagte Livia Knüsel (Grüne, Schlieren). Hanspeter Hugentobler (EVP, Päfikon) sagte, es sei im Interesse aller, dass «endlich reiner Tisch» gemacht werde.

Dagegen sprachen sich SVP, FDP und Mitte aus. Der vorliegende Bericht erfülle bereits «voll und ganz» seinen Zweck und liefere alle relevanten Informationen, sagte Ro-

chus Burtscher (SVP, Dietikon).

Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) betonte, dass der Kanton eine politisch-ethische Mitverantwortung trage, jedoch bei diesem Geschäft an der Seitenlinie stehe. Die Zuständigkeit liege aus politischer Sicht bei der Stadt und für die Provenienzforschung bei der Stiftung und bei der Kunstgesellschaft. (sda)